



Stadtinfo Nr. 24  
September 2013

Marburg



Guten Tag.

**Ich heiße Tanja Bauder-Wöhr, bin Stadtverordnete der MARBURGER LINKEN und Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).**

Spätestens acht Tage nach jeder Stadtverordnetenversammlung möchte ich Ihnen, liebe Marburgerinnen und Marburger, immer mit unserem Flugblatt „DKP-Stadtinfo“ berichten, was dort so passiert ist. Vieles werden Sie schon aus der Presse erfahren haben. Ich selbst werde Ihnen dann meine Ansicht über die Themen vortragen, die ich selbst für besonders wichtig halte.

Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, wenden Sie sich bitte an mich. Ich bin leicht zu erreichen, zum Beispiel auch hier beim Flugblatt-Verteilen, über [www.marburger-echo.de](http://www.marburger-echo.de) oder via Email: [t.bauder@gmx.de](mailto:t.bauder@gmx.de)

## Pflegeprojekt – abgesichert!?

Im November 2011 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg den Verkauf des städtischen Baugrundstücks an der Weintrautstraße, allgemein auch bekannt als Germanenplatz, unter Auflagen. Den Zuschlag erhielt jedoch nicht die städtische Tochter GeWoBau. Das Grundstück wurde an Privat verkauft – mit folgender Einschränkung: „der Verkauf erfolgt unter der Bedingung, dass eine komplette Erdgeschosssetage (ca. 300 m<sup>2</sup>) für ein Pflegeprojekt verkauft bzw. dauerhaft vermietet wird.“ Mit der BI Sozialpsychiatrie e.V. ist es der Stadt gelungen einen Partner zu finden, der in dem noch neu zu errichtenden Gebäudekomplex eine solche Wohn- und Pflegegemeinschaft integrieren möchte.

Im August dieses Jahres nun wurde im Sozial- sowie auch im Haupt- und Finanzausschuss den Stadtverordneten der vorvertragliche Mietvertrag zur Kenntnis gereicht. Dieser Vertrag beinhaltet fünf Paragraphen, wovon in vieren ein eventuelles Scheitern des Pflegeprojekts abgehandelt wird! So ist die Rede von Rückbaumaßnahmen, für den Fall, dass die BI Sozialpsychiatrie e.V. scheitert. Ein solches Scheitern könnte bedeuten, dass in der Erdgeschosssetage dann statt eines Pflegeprojekts „kommerzielle“ Mietwohnungen entstehen. Wir wollen dagegen jedoch, dass ein Projekt, wie es im Ausschreibungsverfahren festgelegt und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, auf jeden Fall und dauerhaft realisiert wird – und forderten deshalb, dass die Möglichkeit „kommerzielle“ Mietwohnungen in der für das Pflegeprojekt vorgesehenen Erdgeschosssetage einzurichten, vertraglich für mindestens 20 Jahre ausgeschlossen werden muss. Eine Realisierung des Pflegeprojekts, so wie im Ausschreibungsverfahren definiert, soll ferner verpflichtend dem Vertrag hinzugefügt werden.

Ganz deutlich muss folgendes festgehalten werden: Die Stadt erkennt im Zuge eines selbstständigen

Schuldversprechens die Ansprüche der Germanenplatz GbR, alleinige Gesellschafter sind die Brüder Pohl, als eigene Zahlungsverpflichtung an und haftet gemäß § 421 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) neben der BI Sozialpsychiatrie e.V. als Gesamtschuldner. Dabei steht es der GbR frei, wen sie in Anspruch nimmt. Jetzt wollen wir mal draufschaun was § 421 BGB regelt, nämlich: „Schulden mehrere eine Leistung in der Weise, dass jeder die ganze Leistung zu bewirken verpflichtet, der Gläubiger aber die Leistung nur einmal zu fordern berechtigt ist (Gesamtschuldner), so kann der Gläubiger die Leistung nach seinem Belieben von jedem der Schuldner ganz oder zu einem Teil fordern. Bis zur Bewirkung der ganzen Leistung bleiben sämtliche Schuldner verpflichtet.“ Und weiter der Kommentar dazu: „Sie sichert den Gläubiger am besten, weil ihm jeder Schuldner auf das ganze haftet.“ Kein Risiko für die Brüder Pohl – das Risiko tragen Stadt und BI Sozialpsychiatrie e.V!

Um es ganz deutlich zu sagen: Wir wünschen der BI Sozialpsychiatrie e.V. gutes Gelingen! Wir schätzen die Bemühungen und ihr Engagement um dieses innovative Projekt! Wir wissen, wie anspruchsvoll die Pflege unter Demenz leidender Menschen ist! Uns ist sehr daran gelegen, dass ein solch innovatives Pflegeprojekt erfolgreich umgesetzt wird! Deshalb wollen wir auch alles dafür Notwendige tun, ein solches Pflegeprojekt zu garantieren und jegliche Unterstützung zu sichern. Wir wollen daher eine Klausel, die dieses Projekt schützt und stützt - und nicht den Privatinvestor, samt seiner berechtigten oder unberechtigten Schuldansprüche!

Selbst Oberbürgermeister Egon Vaupel wird laut eigenem Bekunden „Angst und Bange“, wenn er an die Zukunft der Pflege denkt. Umso weniger verstehen wir, warum er und seine Regierungskoalition, oder zumindest die SPD, unserem Ansinnen, das Pflegeprojekt durch eine solche Klausel langfristig und auf Dauer abzusichern, nicht unterstützen konnte.